

# Berliner Stadtblatt

SPREE  
KURIER



DATEN-  
SCHUTZ

So erfahren Sie,  
was Facebook & Co  
über Sie wissen.

Seite 6

WISSENSWERTES AUS BERLIN UND DEM BEZIRK TREPTOW-KÖPENICK · AUSGABE SEPTEMBER 2012

## GUT AUSGEBILDET IST DOPPELT GEWONNEN!

Nach dem Schulstart beginnt in diesen Wochen auch ein neues Ausbildungsjahr.

Für viele junge Menschen ist dies der aufregende Einstieg in ein hoffentlich erfolgreiches Berufsleben.



Damit das klappt und die Unternehmen gute Mitarbeiter bekommen, setzt der Berliner Senat trotz angespannter Haushaltslage konsequent auf gute Bildung: Mehr Kita-Plätze und mehr Lehrer schaffen bessere Grundlagen für einen erfolgreichen Schulabschluss. Wer Schwierigkeiten etwa mit der deutschen Sprache hat, wird frühzeitig gezielt gefördert. Wir wollen niemanden zurück lassen.

Aber auch die Unternehmen sind aufgerufen, genug Ausbildungsplätze zu schaffen und ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. Denn nur gemeinsam schaffen wir es, Jugendlichen gute Jobperspektiven und gleichzeitig den Betrieben die benötigten Fachkräfte zu bieten.

Ihr Klaus Wowereit



Bunt und vielfältig: So zeigt sich Berlin nicht nur zu seinem 775. Geburtstag. Ein begehrter Stadtplan auf dem Schlossplatz mit vielen Markierungen weist auf die vielen Menschen hin, die Berlin vorangebracht haben. Eine spannende Entdeckungstour im Maßstab 1:775. Foto: U. Horb **Erfahren Sie mehr auf Seite 4.**

## Schutz vor Altersarmut

Neue Konzepte sollen die Niedrig-Rente verhindern - DGB und Sozialverbände fordern Kurswechsel der Bundesregierung - Berliner SPD mit eigenem Vorschlag

**Droht vielen Berlinerinnen und Berlinern im Alter die Armut? Schon heute verdienen sich bundesweit 760.000 Ruheständler mit einem Mini-Job Geld dazu. Und mehr als 150.000 Rentnerinnen und Rentner haben noch eine sozialversicherungspflichtige Stelle. Die Berliner DGB-Vorsitzende Doro Zinke warnt jetzt vor einem Absinken der Durchschnittsrente im Land Berlin auf nur noch 650 Euro.**

Fakt ist: Die Durchschnittsrenten in Deutschland sinken seit Jahren. Wer im Jahr 2000 nach 35 Arbeitsjahren in Rente ging, erhielt durchschnittlich 1021 Euro im Monat. Elf Jahre später sind es bei gleichen Vo-

raussetzungen rund 70 Euro weniger. Noch niedriger sind die Durchschnittsrenten im Land Berlin: Im Jahr 2011 lagen sie nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung bei lediglich 756 Euro, im Westen bei 716,28 Euro, im Osten aufgrund der meist längeren Erwerbstätigkeit bei 833,64 Euro. „Um die gesetzliche Rente wieder armutsfest zu machen, müssen wir schnellstens umsteuern und auf weitere Rentenkürzungen verzichten“, sagt die Berliner DGB-Vorsitzende.

Das richtet sich vor allem gegen die Bundesregierung, die beschlossen hat, die Rentenbeiträge zu senken. „Dass in der Rentenversicherung Bei-

träge gesenkt werden sollen, während zum Beispiel Menschen, die eine Erwerbsminderungsrente beziehen, unter der Armutsgrenze landen, ist nicht zu verstehen“, ärgert sich der AWO-Bundesvorsitzende Wolfgang Stadler. Und für DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach ist das „ein vergiftetes Wahlgeschenk“.

Denn statt die Rentenkasse zu leeren, müsste jetzt angespart werden. Sonst sinkt das Rentenniveau auf bedrohliche 43 Prozent des Durchschnittseinkommens. Das wäre für viele Menschen nicht mehr als die Grundsicherung - trotz jahrzehntelanger Arbeit. Wachmänner, so errechnete es der

DGB, kämen auch nach 40 Jahren Vollzeitarbeit mit 589 Euro nicht einmal an das Niveau der Sozialhilfe (660 Euro) heran. Der DGB will das Rentenniveau bei 50 Prozent halten, eine Forderung, die auch die Berliner SPD in ihrem jetzt vorgelegten Konzept erhebt. Dazu müssen in den kommenden Jahren die Rentenbeiträge regelmäßig moderat angehoben werden - um jeweils 0,1 Prozent für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bis zum Jahr 2025. „Die Beitragssenkung heute ist die Rentenkürzung von morgen“, so der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß.

U.H. **Ein Interview mit ihm finden Sie auf Seite 3.**

### IN DIESER AUSGABE

#### GERETTET

Haus der Begegnung: Lange und gemeinsame Bemühungen bringen Erfolg für alle.

Seite 7

#### RAHNSDORF

Investitionen in Schulen und in die Erinnerung

Seite 7

#### SCHÖFFEN GESUCHT

Ehrenamt wird neu besetzt

Seite 8

#### MIETENBÜNDNIS

Beschlossene Sache: Stadtentwicklungssenator Michael Müller startet das „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“.

Seite 4

#### DANIEL BARENBOIM

Ein Star ohne Allüren und ein Künstler, um den Berlin beneidet wird.

Seite 5

### ZAHLE DES MONATS

#### 10,31 MRD. EURO

So hoch ist der jährliche Bruttoumsatz der Tourismusbranche. Damit hat er sich innerhalb von zehn Jahren verdoppelt. Rund 275.000 Berlinerinnen und Berliner leben inzwischen vom Tourismus.

### ZITAT DES MONATS

»Heute, im Jahr 2012, ist der Euro stabiler, als es die D-Mark je gewesen ist.«

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt.

## Stifter gesucht

Bürgermeister Igel ruft zur Gründung einer Bürgerstiftung auf

**Ein kleines Künstlerhonorar für eine Jubiläumsveranstaltung, ein Druckzuschuss für eine Broschüre oder neue Bälle in einem Sportverein - mitunter fehlen nur ein paar Hundert Euro, um ehrenamtliches Engagement zu würdigen oder zu unterstützen.**

Diese Förderung soll nun auf neue - auf zusätzliche Füße gestellt werden. Bezirksbürgermeister Oliver Igel hat dazu aufgerufen, eine Bürgerstiftung zu gründen. Was in anderen Städten mit großem Erfolg schon gelungen ist,

soll nun in Treptow-Köpenick angepackt werden: mit finanzieller Unterstützung öffentliche Leistungen nicht ersetzen, aber ergänzen. „Vor allem sollte es darum gehen, ehrenamtliches Engagement weiter zu fördern, Bildungs-, Jugend- und Seniorenarbeit zu stärken, die Kultur weiter zu beleben und auch dem Sport, dem Denkmalschutz und Naturschutz unter die Arme zu greifen“, sagte Oliver Igel. Und dafür sollen die Bürgerinnen und Bürger ihre Schwerpunkte setzen.

## Das Rennen ist eröffnet

Öffentliche Kandidatenfindung zur Bundestagswahl SPD Treptow-Köpenick geht neue Wege

**Im Herbst 2013 sind Bundestagswahlen. Auch die Sozialdemokraten in Treptow-Köpenick bereiten sich darauf vor. In der Phase der Kandidatenfindung werden Öffentlichkeit und Parteibasis breiter eingebunden als je zuvor.**

„Die SPD will ab 2013 wieder die Geschicke der Bundesrepublik lenken“, sagte der SPD-Kreisvorsitzende Oliver Igel. „Ein in der Regierungskoalition und im Bezirk stark verankerter Bundestagsabgeordneter ist gut für Treptow-



Mitsprache bei der Auswahl: Drei Bewerber wollen für die SPD Treptow-Köpenick in den Bundestag. Foto: Bernd Kuttnik/pixelio

Köpenick.“ Die SPD Treptow-Köpenick kämpft daher um das Direktmandat für den Deutschen Bundestag „Wir

wollen bei der Kandidatur zum Bundestag einen neuen Weg gehen“, so der SPD-Kreisvorsitzende. **Mehr auf Seite 7**

## GUT FÜR BERLIN

**TOURISMUS**  
Mehr als fünf Millionen Menschen haben Berlin im ersten Halbjahr als Touristen besucht. Mit einer Zuwachsrate von 12,8 Prozent bei ausländischen Gästen liegt Berlin vor Metropolen wie Paris mit sechs oder Madrid mit neun Prozent.

**SCHULSANIERUNG**  
Zusätzliche 16 Millionen Euro stehen für Sanierungen der Schulgebäude und Gelände zur Verfügung, der Gesamtetat beläuft sich nun auf rd. 48 Mio. Euro. Insgesamt 250 Vorhaben an Berliner Schulen sollen mit den Mitteln finanziert werden. Für das Jahr 2013 ist eine weitere Erhöhung der Mittel geplant.

**SOLARSTROM**  
Auf vier Hallen des Großmarktes an der Beusselstraße wurde mit fast 40.000 Quadratmetern das größte Solarkraftwerk auf Berliner Dächern eingeweiht. Insgesamt speisen jetzt in Berlin rund 4.400 Solaranlagen und 600 Blockheizkraftwerke (BHKW) Strom in das Berliner Stromnetz ein.

**ARBEITSMARKT**  
Während bundesweit die Arbeitslosenzahlen im August leicht gestiegen sind, ist die Zahl in Berlin im Vergleich sowohl zum Juli als auch zum Vorjahr gesunken. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten stieg innerhalb eines Jahres um 3,5 Prozent.

## SCHLECHT FÜR BERLIN

**TEURE ENERGIE**  
Die Stromkonzerne haben den Verbrauchern im vergangenen Jahr rund 3 Milliarden Euro zuviel in Rechnung gestellt. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die grüne Bundestagsfraktion in Auftrag gegeben hat. Die Preise im Stromeinkauf sind trotz des Atomausstiegs 2011 um zehn bis 20 Prozent gefallen, der Strompreis könnte deshalb rund zwei Cent je Kilowattstunde niedriger sein.

**VERGABE**  
Bundesministerin Kristina Schröder (CDU) will Fördergelder des Bundes vorrangig an die Bundesländer verteilen, die sich bisher zu wenig um den Ausbau der Kitas gekümmert haben. „Damit werden die Länder bestraft, die in den letzten Jahren mit großer Kraftanstrengung und viel eigenen Mitteln neue Plätze geschaffen haben. Es besteht die Gefahr, dass die bereitgestellten Gelder zu einer Passivitätsprämie verkommen“, so Berlins Bildungsensatorin Sandra Scheeres.

## So gesehen ...



Karikatur: Erich Rauschenbach

## Berlin engagiert sich

## Staatssekretärin Dunger-Löper: Neue Wege zum Ehrenamt

Am 28. September findet der Berliner Freiwilligentag im Roten Rathaus statt. Eingebettet ist der Freiwilligentag in die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements und die Berliner Engagement-Woche Ende September. Für das BERLINER STADTBLATT erläutert Hella Dunger-Löper, Staatssekretärin und Beauftragte für Bürger-schaftliches Engagement beim Regierenden Bürgermeister, die Bedeutung der ehrenamtlichen Arbeit für die Stadt.

Berlin ist engagiert. Schon immer, auch wenn es oft ein anderes Image hatte. Fast ein Drittel der Berlinerinnen und Berliner engagiert sich in den Bereichen und Organisationen, die wir klassisch nennen würden: in den Wohlfahrtsverbänden und ihren vielen Initiativen, im Sport, in den Genossenschaften, in den Religionsgemeinschaften, in der Politik, den Freiwilligen Feuerwehren, in den Stiftungen - in einer Vielfalt, die sich von Lesepaten bis zur Stadtmission, von der Berliner Tafel bis zum Besuchsdienst in Hospizen darstellt.

Dieses freiwillige, selbst organisierte Engagement ist eine ungemein wichtige gesellschaftliche



Hella Dunger-Löper ist Staatssekretärin und Beauftragte für das Bürgerschaftliche Engagement.

Ressource. Es bereichert nicht nur unser Zusammenleben, sondern stiftet Beteiligung, Zugehörigkeit, Integration. Es kann ein Gradmesser für gesellschaftliche Probleme sein, aber auch Lösungen aufzeigen. Lösungen für Probleme, aber auch für neue Wege die Bürgerinnen und Bürger in unserer Stadt zu erreichen.

Denn gerade die neuen Formen der Ansprache sind vielversprechend. Sei es über die Freiwilligenagenturen, Quartiersmanager, Organizing-Plattformen, Bürgerstiftungen und Online-Plattformen, die versuchen da-

## MEIN BLICK AUF BERLIN UND EUROPA

## Welches Europa wollen wir?

von Peter Brandt

Die SPD hatte in ihrem Heidelberger Grundsatzprogramm 1925 die Forderung nach den „Vereinigten Staaten von Europa“ aufgestellt. Das war eine weit in die Zukunft weisende Zielsetzung.

Damals hatte kaum jemand eine Vorstellung, was das konkret bedeuten könnte. Die Nationalstaaten waren der selbstverständliche Rahmen jedes Handelns.

Auch heute ist ziemlich unumstritten, dass sich die Nation, deren Existenz mit den verschiedenen Volkssprachen und Kulturen übrigens etwas typisch Europäisches ist, nicht - in den Worten Erhard Eppers - auflösen wird „wie der Zucker im Kaffee“. Und die Nationalstaaten werden, auch wenn sie weitere Souveränitätsrechte an die Europäische Union abgeben werden, die Bausteine des großen europäischen Hauses bleiben.

Die europäische Einigung, Ergebnis der Geschichtskatastrophe des Zweiten Weltkriegs und der Ost-West-Konfrontation, stand stets unter dem Primat großwirtschaftlicher Interessen.

Die Annahme, dass die fortschreitende ökonomische Integration eine Verdichtung der politischen Integration nach sich ziehen werde, war nicht ganz falsch, doch haben Egoismen der Einzelstaaten verhindert, dass eine durchschaubare und demokratisch legitimierte, für eine Weiterentwicklung offene Struktur des zwischen Staatenbund und Bundesstaat angesiedelten Gebildes der EU geschaffen werden konnte. Der Lissabon-Vertrag war allenfalls ein erster Schritt zu einer längerfristig tragfähigen europäischen Grundordnung - und die Schaffung einer Währungsunion ohne gleichzeitige Fiskal- (und damit engere politische) Union eine höchst problematische Entscheidung.

Es mag in der jetzigen Krise des Euro unumgänglich sein, Rettungsmaßnahmen in Gang zu setzen, die faktisch der Bankenrettung dienen. Umso wichtiger wäre es, sich auf die inhaltliche Substanz des europäischen Einigungsprozesses zu besinnen, denn auch diese steht in Frage.

Noch vor der Klärung der geographischen und kulturellen Grenzen Europas stellt sich die Notwendigkeit, die Institutionen der EU soweit zu demokratisieren, insbesondere das Parlament zu stärken, dass die



Peter Brandt ist Professor für Neuere Deutsche und Europäische Geschichte an der Fernuniversität Hagen.

Verlagerung von Kompetenzen nach Brüssel nicht einen ersatzlosen Verlust an Selbstbestimmung der europäischen Völker bedeutet.

Damit verbunden geht es um eine irgendwann unausweichliche Richtungsentscheidung: Soll die EU weiterhin als eine Art Transmissionsriemen des Finanzkapitalismus fungieren und in diesem Sinn als Aktionsplattform für die Behauptung der Wirtschafts- und Politikeliten des Kontinents in der Welt dienen? Oder sollte die eigentliche Rolle des europäischen Projekts nicht vielmehr darin bestehen, gegenüber den destruktiven Wirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegenüber den abweichenden nordamerikanischen und asiatischen Gesellschaftsmodellen das spezifisch europäische Zivilisations- und Demokratie-modell zu verteidigen, zu dem - trotz der Einschnitte der letzten Jahrzehnte - die Sozialstaatlichkeit und die regulierte Marktwirtschaft gehören?

## STIMMEN ZUR VERMÖGENSTEUER

- **Frank Bsirske, Vorsitzender der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di:** »Die beste Schuldenbremse ist eine Vermögensabgabe und die Wiedereinsetzung der Vermögensteuer.«
- **Jutta Sundermann, Attac:** »Wir brauchen endlich eine ehrliche Debatte über die Kosten der Krise und eines funktionierenden Sozialstaats auf der einen Seite und die ungleiche Verteilung von Reichtum auf der anderen Seite.«
- **Sigmar Gabriel, Vorsitzender der SPD:** »Ich finde es richtig, dass endlich darüber diskutiert wird, wie wir die Kosten der Bankenkrise gerechter verteilen.«
- **Rainer Brüderle, Vorsitzender der FDP-Bundestagsfraktion:** »Eine Vermögensteuer trifft die Falschen, nämlich vor allem den Mittelstand.«
- **Fürstin Gloria von Thurn und Taxis (geschätztes Familienvermögen 500 Millionen Euro):** »Wir sind weiß Gott nicht reich. Wir sind absoluter Mittelstand.«
- **Marius Müller-Westernhagen, Sänger:** »Ein paar Prozentpunkte mehr Steuern machen Wohlhabende nicht arm. Es werden sogar alle reicher, wenn die Einnahmen konsequent zur Schuldentilgung genutzt werden und Zukunft statt Zinsen schaffen.«

## IMPRESSUM

Herausgeber: SPD Landesverband Berlin, Müllerstr. 163, 13353 Berlin  
Chefredakteur: Mark Rackles (V.i.S.d.P.)  
Redaktion: Ulrich Horb (CvD), Gunter Lange, Ulrich Rosenbaum, Josephine Steffen  
Bezirksredaktion: Ulrike Dehmel, Heiko Hanschke (Mitte), Burkhard Hawemann, Kai Doering (Friedrichshain-Kreuzberg), Martina Krah, Wolf Witte (Pankow), Robert Drewnicki (Charlottenburg-Wilmersdorf), Helene Sommer, Susanne Finsel (Spandau), Hans Kegel (Tempelhof-Schöneberg), Lisa Maren Bürger (Steglitz-Zehlendorf), Heinz Stapf-Finé, Frank Folger (Neukölln), Ralf Thies (Treptow-Köpenick), Enrico Stoelzel (Marzahn-Hellersdorf), Kathrin Söhnel, Christian Paulus (Lichtenberg)  
Anschrift: Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin, info@berliner-stadtblatt.de, www.berliner-stadtblatt.de  
Layout-Entwurf: Projektdesign Berlin  
Gestaltung: kommunikationskombinat Anzeigen: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH, anzeigen@vorwaerts.de  
Druck: Henke Pressedruck GmbH & Co. KG  
Auflage: 340.000 Exemplare

## Ein durchsichtiger Streit

## Wenn Transparenz zum Wettkampf ohne Inhalt wird

In Berlin herrscht Informationsfreiheit. Dank eines gleichnamigen Gesetzes bekommen Bürgerinnen und Bürger seit 1999 Zugang zu Unterlagen der öffentlichen Verwaltung.

Nun geht es um Transparenz. Beschlüsse, Mitteilungen oder Protokolle sollen von der

Verwaltung gleich in einer Datenbank veröffentlicht werden. Hamburg hat so ein Gesetz gerade verabschiedet.

In Berlin haben das alle Parteien zu ihrem Ziel erklärt. Aber statt gemeinsam abzuwägen, wo Transparenz einkehren muss, wo sie auch schaden kann, und

wie vielleicht auch Menschen ohne Internetanschluss an all dem teilhaben können, streiten sich jetzt drei Oppositionsparteien, wer am meisten und am schnellsten vom Hamburger Gesetz abgeschrieben hat. Das ist nicht transparent, sondern nur durchsichtig. SB

# „Vor Altersarmut schützen“

Im Stadtblatt-Interview: der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß zur Renten- und Arbeitsmarktpolitik

**Berliner Stadtblatt:** Bei vielen Beschäftigten wachsen die Ängste vor einem Alter in Armut. Was sagen Sie ihnen?

**Jan Stöß:** Wir müssen heute die Weichen anders stellen, sonst droht tatsächlich vielen Menschen im Alter Armut und sozialer Abstieg, selbst wenn sie ihr Erwerbsleben lang in die Rentenversicherung eingezahlt haben. Die Alterssicherung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die

anwartschaften erwerben. Zum anderen wird das Rentenniveau auf 43 Prozent im Jahr 2030 abgesenkt. Wer im Niedriglohnsektor arbeitet, Minijobs ohne Sozialversicherungspflicht oder längere Phasen der Arbeitslosigkeit hat, bekommt im Alter oft nur eine gesetzliche Rente auf dem Niveau der Grundversicherung. Private Vorsorge kann die entstehende Versorgungslücke in vielen Fällen nicht schließen

vorlegen. Welche Anforderungen haben Sie als Berliner SPD daran?

**Stöß:** Für uns geht es um eine Stabilisierung des Rentenniveaus auf dem heutigen Stand. Das kann finanziert werden, indem wir auf weitere kurzfristige Senkungen des Rentenbeitrags verzichten und stattdessen eine Demografie-Rücklage aufbauen. Wer sein Erwerbsleben lang Rentenbeiträge gezahlt hat, muss im Alter mehr als die Grundsicherung erhalten. Deshalb müssen wir Wege finden, wie wir die Rentenanswartschaften in diesen Fällen aufwerten können. In Frage kommt zum Beispiel eine höhere Bewertung von Phasen der Arbeitslosigkeit sowie eine Aufwertung der Rentenanswartschaften für gering bewertete Beitragszeiten. Auch die Einführung einer Solidar-Rente sollten wir in diesem Zusammenhang noch sorgfältig prüfen.

Interview: U.H.



Fachtagung der SPD zur Rentenpolitik Ende August: der SPD-Landesvorsitzende Jan Stöß (r.) im Gespräch mit dem stellv. DGB-Vorsitzenden von Berlin-Brandenburg, Christian Hoßbach. Foto: Horb

solidarisch finanziert werden muss. Wir wollen auch künftig eine strukturell armutsfeste gesetzliche Rente, die einen wesentlichen Beitrag zur Lebensstandardsicherung leistet.

**Stadtblatt:** Liegen die Probleme der Rentenversicherung nur in der demografischen Entwicklung?

**Stöß:** Zum einen führen Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt dazu, dass viele Menschen geringere Renten-

**Stadtblatt:** Reichen Änderungen auf dem Arbeitsmarkt?

**Stöß:** Wir müssen als erstes die Fehlentwicklungen auf dem Arbeitsmarkt korrigieren – also Niedriglohnbeschäftigung und sozialversicherungsfreie Minijobs zurückdrängen. Aber wir brauchen auch eine neue Rentenpolitik.

**Stadtblatt:** Die SPD will auf Bundesebene im November ein neues Rentenkonzept

## UNSER THEMA: SOZIALE SICHERHEIT FÜR JUNG UND ALT

Soziale Sicherheit ist in jedem Lebensalter notwendig. Eine gute Schul- und Berufsausbildung darf zum Beispiel nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Denn sie entscheidet ganz wesentlich über den späteren Lebensverlauf, ja, sogar über die Höhe der Rente. Ausbildungsförderung ist deshalb eine ganz wichtige Grundlage. Und wer viel gearbeitet hat, muss im Alter eine Rente erhalten, die seinen Lebensstandard sichert. Auch das ist machbar. Nur: In beiden Fällen muss heute vorgesorgt werden. Dazu muss die Politik möglichst rasch für die notwendigen Änderungen sorgen.

■ Teilen Sie uns Ihre Meinung mit: Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin. Oder schicken Sie eine Mail an: [soziales@berliner-stadtblatt.de](mailto:soziales@berliner-stadtblatt.de)



Die Rente muss im Alter ausreichen, um den Lebensstandard zu sichern.

Foto: Pauk

# Zu wenig zum Leben

Armut von Frauen im Alter – das verschwiegene Problem

**Charlotte H. ist im Berliner Wedding aufgewachsen, ging in eine Lehre, arbeitete einige Jahre am Fließband bei Dr. Oetker. Sie heiratete, das erste Kind kam. Natürlich verließ sie ihren Beruf. Kinderbetreuungsangebote gab es damals kaum.**

„Erwerbsbiografie“ – so

lautet der Fachjargon, um die verschiedenen Erwerbsverläufe und Ansprüche auf Alterssicherung zu beschreiben. Die Rentenversicherung ist ein Spiegelbild des Arbeitslebens. Eine Studie des Familienministeriums benennt die zwei möglichen Brüche für eine weibliche Erwerbsbiografie: Mit 29,2 Jahren bekommt eine Frau im Durchschnitt ihr erstes Kind. Im Westen der Republik liegen die Kindererziehungszeiten bei 9,1 Jahren, im Osten bei 2,8 Jahren. Bei vielen Frauen erfolgt ein erneuter Bruch um das 50. Lebensjahr, wenn ein Familienangehöriger pflegebedürftig wird. In einer Partnerschaft können solche Phasen durch eine höhere Rente des Mannes ausgeglichen werden. Doch was ist mit Frauen, die geschieden und im Alter allein sind?

Charlotte H. ist das geschehen. Sie zog die zwei gemeinsamen Kinder groß und arbeitete in Teilzeit. Sie kennt Frauen in ihrem Umfeld, die mit Einführung der Minijobs von einem zum anderen wechselten, um so monatlich über die Runden zu kommen.

Neueste Berechnungen zeigen: Wer ein Jahr in einem Mini-Job tätig war, hat eine monatliche Rente von 3,11

Euro erwirtschaftet. Nach 45 Jahren macht das 139,95 Euro als monatliche Rente. Davon kann nicht einmal die eisenste Sparerin leben. 7,4 Millionen Menschen arbeiten in Deutschland auf 400-Euro-Basis, davon ein Großteil – 4,65 Millionen – Frauen.

Wichtig zur Bekämpfung von Altersarmut bei Frauen sind die Chance auf einen Wiedereinstieg in ein vollwertiges Arbeitseinkommen und steigende Löhne. Ehegattensplitting und falsche Steueranreize drängen Frauen in die Rolle der Frau als „Hinzuverdienerin“, in schlecht bezahlte Teilzeitarbeit oder Minijobs. Diese Fehlanreize müssen aufgehoben werden. Viel eher sollte anstatt des Ehegattensplittings die Individualbesteuerung erfolgen, Vollzeitarbeit statt Teilzeitarbeit auch für Frauen mit Kindern angeboten und eine flexible Kinderbetreuung ermöglicht werden und zuletzt ein gesetzlich festgelegter Mindestlohn eine Art Puffer von unten bilden.

Für Charlotte H. kommen diese Forderungen zu spät. Nach der Trennung von ihrem Mann, ist klar: Ihr bleibt künftig sehr wenig im Monat für Miete, Strom, Heizung und Essen.

JoS

# Mit Bafög zum Abschluss

Wie Judith B. Kleinfamilie und Studium unter einen Hut bekam

Judith B., Mutter von drei Kindern schwitzt bei sommerlichen Temperaturen über ihrer Bachelor-Abschlussarbeit. Bildungswissenschaftlerin ist sie, wenn sie die Prüfungen hinter sich hat. Hinter dieser abstrakten Bezeichnung steckt letztlich, was wir unbedingt brauchen: eine hochqualifizierte Kindergärtnerin.

Judiths erstes Kind kam, als sie in der elften Klasse war. Damit war es für sie erst einmal mit dem Abi vorbei.

Aber nicht für immer: Anfang 2000, als alle ihre alten Freundinnen mitten im Studium waren, packte sie der Bildungshunger. Dank des elternunabhängigen BaföGs holte sie trotz der Kleinfamilie alles nach.

Man muss allerdings nicht gleich Kinder bekommen, um den Geldbeutel



Bildung braucht Förderung.

Foto: Bachnick

der Eltern zu überfordern. Der Bildungspolitiker Swen Schulz (SPD) weist darauf hin, dass Bildung in Deutschland weiter sehr stark von der sozialen Herkunft abhängt. 77% der Akademikerkinder würden den Weg an die Hochschulen finden, aber nur 13%

der Kinder von Eltern mit Hauptschulabschluss. Damit der Zugang zum Abitur nicht am Geldbeutel scheitert, setzt sich Swen Schulz u.a. im Bundestag für die Verbesserung des Schüler-BaföGs ein.

„Das löst natürlich nicht jedes Problem“, sagt er.

„Doch es wäre ein wichtiger Baustein zur Unterstützung derjenigen, denen es finanziell nicht gut geht, oder derjenigen, die sich vielleicht zu Hause dafür rechtfertigen müssen, dass sie weiter zur Schule gehen wollen, anstatt Geld nach Hause zu bringen.“ Schulz will eine bedarfsabhängige Förderung, und zwar bis zu 216 Euro monatlich als Vollzuschuss. „Das würde insgesamt Ausgaben von jährlich bis zu 300 Millionen Euro bedeuten. Natürlich ist das viel Geld. Aber es ist gut in Bildung investiert.“

Nach dem Abitur studierte Judith nicht sofort. Ihr Focus lag zunächst auf der weiteren Familienplanung. Ab kommendem Jahr aber steht sie als gut ausgebildete Fachkraft, die dringend benötigt wird, zur Verfügung.

B.B.

## RENTENBERATUNG

**Die Deutsche Rentenversicherung** bietet eine telefonische Beratung unter der Rufnummer 0800 1000 4800 an. Sprechstunden gibt es in mehreren Bezirken, etwa in der Konstanzer Straße 46 in Wilmersdorf (Tel. 030.86888-0) oder in der Wallstraße 9-13 in Berlin-Mitte (Tel. 030.20247-5).

Auch Sozialverbände wie die **Arbeiterwohlfahrt** bieten eine Rentenberatung an:

- die AWO Berlin-Mitte in der Hochstädter Str. 1, montags von 13 bis 14 Uhr (Anmeldung unter Tel. 455 087 16)
- die AWO Berlin-Nordwest in der Hofackerzeile 1B mittwochs ab 17 Uhr (Anmeldung unter Tel. 411 58 63)
- die AWO Südost jeden 2. Mittwoch von 10 bis 12 Uhr und jeden 4. Mittwoch von 15 bis 17 Uhr in der Werbellinstr. 69 (Anmeldung unter Tel. 030.821 99 45)
- die AWO Südwest jeden 2. und 4. Donnerstagnachmittag in der Osdorfer Str. 121 und jeden 2. und 4. Donnerstag von 14 bis 15 Uhr im Nachbarschaftstreff G19 in der Schöneberger Goltzstr. 19 (Anmeldung unter Tel. 711 78 11)

# Die wunderbare Vielfalt Berlins

Die Hauptstadt feiert den 775. Geburtstag - Im Mittelpunkt der Feier: die Berlinerinnen und Berliner

Auf einem Bolzplatz im Wedding fing ihre Karriere an. Heute spielt einer der Boateng-Brüder in Mailand, einer in München, einer noch immer als Amateur in Berlin. Für den Schriftsteller Wladimir Kaminer begann das Leben in Berlin im Juni 1990 in einem Flüchtlingswohnheim in der Biesdorfer Lindenstraße. Knapp hundert Jahre vor ihm zog es einen Niederländer nach Berlin: Jacobus Henricus van't Hoff erhielt eine Professur an der Preußischen Akademie der Wissenschaften in Berlin und ein paar Jahre später den ersten Nobelpreis für Chemie.

Zuwanderungsgeschichten, die die Vielfalt Berlins zeigen - und die Chancen, die die Stadt Menschen eröffnet. Auf dem Schlossplatz in Mitte werden sie auf einem Stadtplan angezeigt, im Maßstab des Stadtjubiläums 1: 775.



Maßstab 1:775 - so passt der Stadtplan Berlins auch auf den Schlossplatz in Mitte. Überdimensionale Stecknadeln zeigen Orte aus der Berliner Zuwanderungsgeschichte. Bis Ende Oktober kommen weitere dazu.

Foto: Horb

Berlins Anfänge liegen im Mittelalter, wahrscheinlich schon vor dem Jahr 1200. An-

lass für die jetzige Jubiläumsfeier ist die erste urkundliche Erwähnung von Berlins

Schwesterstadt Cölln am 28. Oktober 1237. Anders als bei früheren Feiern stehen diesmal

die Bewohnerinnen und Bewohner der Stadt im Mittelpunkt.

Das Stadtjubiläum findet seinen Höhepunkt in einem Jubiläumsfest am 28. Oktober 2012. An diesem Tag gehen zugleich die Open-Air-Projekte „Spuren des Mittelalters“ und „Stadt der Vielfalt“ mit speziellen Programmen zu Ende. Zwischen 19 und 22 Uhr wird ein großes Feuerwerk mit feuerspeienden Skulpturen, brennenden Girlanden und einer großen Anzahl lodender Tontöpfe das Areal zwischen Schlossplatz und Nikolaiviertel erleuchten.

Bis dahin gibt es viel zu entdecken: Zum Beispiel die acht Ausstellungstürme entlang von Grunerstraße, Mühlendamm und Gertraudenstraße, die Einblicke in die Geschichte der Doppelstadt Berlin-Cölln bieten. U.H.

## „Zeit für Kinder“

20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

Schutz, Förderung und Beteiligung - das will die UN-Kinderrechtskonvention den Kindern dieser Welt bieten. 193 Staaten haben die Konvention ratifiziert, vor genau 20 Jahren hat auch Deutschland die 54 Artikel der Erklärung unterzeichnet.

Ein Grund zum Feiern - zum Beispiel auf dem größten Kinderfest in Deutschland, dem Weltkindertagsfest am 23. September 2012 am Potsdamer Platz. Erwartet werden wie in den vergangenen Jahren über 100.000 Besucherinnen und Besucher.

Mehr als 100 Initiativen und Vereine wollen sich beteiligen. Zwischen 10 und 18 Uhr bieten sie unentgeltlich zahlreiche Spiel- und Bastelaktionen für Kinder und Familien an. Dazu gibt es ein vielfältiges Bühnenprogramm am Potsdamer Platz.

Das Motto des Fests lautet in diesem Jahr: „Zeit für Kinder“. Die Organisatoren des Fests,

das Deutsche Kinderhilfswerk e.V. und UNICEF Deutschland, wollen damit das Kinderrecht auf Spiel, Freizeit und Erholung in den Mittelpunkt stellen, das in Artikel 31 der UN-Kinderrechtskonvention festgeschrieben ist.

„Kindern bleibt bei gestiegenen Bildungsanforderungen und einem durchorganisierten Tagesablauf immer weniger Zeit für kreative Pausen oder das freie Spiel“, heißt es beim Kinderhilfswerk. „Darüber hinaus drücken sich die gesellschaftlichen Veränderungen auch in fehlender Zeit von Eltern für ihre Kinder aus.“ So gebe es weniger gemeinsame Unternehmungen oder Spiele.

Eine solche Unternehmung könnte am 23. September der Besuch des Weltkindertagsfests sein. Dort gibt es auch Informationen über die anderen Kinderrechte - etwa auf Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung. U.H.

## Besser geschützt

Senat vereinbart „Bündnis für bezahlbare Mieten“

Die städtischen Wohnungsbau-Gesellschaften gehen mit dem Senat ein „Bündnis für soziale Wohnungspolitik und bezahlbare Mieten“ ein. Für die Mieterinnen und Mieter der inzwischen rund 280.000 Wohnungen bedeutet das einen besseren Schutz vor steigenden Mieten.

Stadtentwicklungssenator Michael Müller hat sein Versprechen eingelöst: Mit den sechs städtischen Wohnungsunternehmen ist eine garantierte Begrenzung der Miete auf 30 Prozent des Nettohaushaltseinkommens verabredet. Mietpreissteigerungen werden damit gedämpft und die soziale Ausrichtung der Unternehmen weiter präzisiert.

Bei Neuvermietungsverträgen sowie beim Wohnungstausch, dem Wechsel z.B. in kleine Wohnungen, werden ebenfalls verlässliche Grenzen für die Mietentwicklung gelten. Hier ist insbesondere der Bereich innerhalb des S-Bahn-



Hufeisen-Siedlung in Neukölln.

Foto: Paul Glaser

Ringes von Bedeutung. „Wir begrüßen ausdrücklich, dass alle städtischen Unternehmen signalisiert haben, im Interesse einer Stadtrendite hier aktiv mitzuwirken“, sagt die mieten- und wohnungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Iris Spranger.

Die getroffenen Regelungen werden in dieser Legislaturperiode rund 100 Millionen Euro kosten. Diese Summe sollen

die städtischen Gesellschaften aus ihren Gewinnen zur aktiven Dämpfung der Mietentwicklung einsetzen.

Die Initiative kann beruhigend auf den gesamten Berliner Wohnungsmarkt wirken. Zugleich will Stadtentwicklungssenator Michael Müller den Bestand der städtischen Gesellschaften weiter erhöhen. Ziel sind 300.000 Wohnungen in Landesbesitz. U.H.

### NOTIZEN AUS BERLIN

#### PLÄNE FÜR TEGEL

Das Flughafengelände in Tegel soll nach Beendigung des Flugbetriebs zu einem Wissenschafts- und Forschungsstandort werden. Dafür hat Berlins Stadtentwicklungssenator Michael Müller (SPD) jetzt einen Masterplan vorgelegt. Danach soll das derzeitige Terminal umgebaut werden und später die Beuth Hochschule für Technik beherbergen. Daneben wird ein Campuspark entstehen. Während im Westen Gewerbeansiedlungen geplant sind, sollen im Norden neue Erholungsgebiete entstehen. Die Gesamtentwicklung wird mehrere Jahre dauern.

#### MEHR NEUBAU

In Berlin wird wieder mehr gebaut. Die meisten Baugenehmigungen werden in Lichtenberg und Treptow-Köpenick erteilt. „Berlin ist als Wohnungsmarkt weiterhin interessant für Investoren“, so der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit. Mit dem Zuwachs an Genehmigungen für Wohnungsneubauten wachsen auch die Chancen, stabilisierend auf das Mietniveau zu wirken. Die Anzahl genehmigter Neubauwohnungen stieg im ersten Halbjahr 2012 im Jahresvergleich um 14,6 Prozent auf 2943 Wohnungen. Die Zahl geplanter Wohnungen in Mehrfamilienhäusern hat sich im ersten Halbjahr um etwa ein Drittel erhöht.

#### STRASSENBAU

Der Bauausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat die Aufhebung des Straßenausbaubeitragsgesetzes beschlossen. Bereits gezahlte Beiträge werden erstattet. SPD-Bauexpertin Iris Spranger: „Die Bezirke erhalten diese Gelder vom Land Berlin zurück.“

## Viel Unterstützung gegen Einschüchterungsversuche

Rechte Gewalt nimmt zu - Übergriffe auf SPD-Büros - Spendensammlung für bedrohte Falken-Einrichtung

Eine ältere Dame steht im Pulk der Demonstranten vor dem S-Bahnhof Schöneweide. Ein überparteiliches Bündnis aus SPD, LINKE, Grünen und Piratenpartei hat hier zu einer Mahnwache für die Betroffenen rechter Gewalt in den vergangenen Monaten aufgerufen. „Das darf nicht sein, dass Nazis schon wieder Demokraten einschüchtern wollen“, sagt die ältere Dame zu ihrer Begleitung.

Offenbar rechtsextrem motivierte Angriffe auf linke Kommunalpolitiker und Einrich-

tungen häufen sich in diesen Tagen. So wurde der Briefkasten des sozialdemokratischen SPD-Kommunalpolitikers Nico Schmolke zur Explosion gebracht. Schmolke organisiert regelmäßig einen Kiez-Rundgang, bei dem rechtsextreme Aufkleber, Plakate und Schmierereien entfernt werden. Er setzt damit ein Zeichen gegen Rassismus und Intoleranz.

Sein Engagement und das verschiedener anderer Aktiver gegen Rechtsextremismus wird von der rechten Szene sehr ge-



Anton-Schmaus-Haus: Feuerwehrinsatz nach Brandanschlag.

nau beobachtet. Auf ihren Websites veröffentlichen sie Fotos und Adressen von Demokratinnen und Demokraten. Gezielt schüchtern sie andere ein, indem sie, wie zum Beispiel in Treptow-Köpenick, Tempelhof-Schöneberg und Neukölln, Bürgerbüros der SPD beschmieren und beschädigen.

Der 17-jährige Anton aus Neukölln Süd wollte am Abend des 23. August den Aufkleber einer rechtsextremen Berliner Kameradschaft entfernen. Dabei wurde er von drei Männern

beobachtet, die ihn brutal zusammenschlugen. Sie beschimpften ihn als „Zeckenschwein“ und drohten, sie wüssten, wo er wohnt.

Anton engagiert sich bei der SPD-nahen Jugendorganisation Die Falken. Ihr Anton-Schmaus-Haus in Britz wurde bereits mehrfach angegriffen und zweimal in Brand gesetzt. Die Versicherung kündigte daraufhin der Einrichtung, die Jugendlichen sinnvolle Freizeitangebote ermöglicht. Jetzt sammeln die Falken Spenden, um einen 160.000 Euro teuren

Sicherheitszaun kaufen zu können.

Die Solidarität ist groß. Künstler wie Klaus Staack, Konstantin Wecker, Dieter Hilbrandt, Hannes Wader oder Iris Berben halfen. Ein Zentimeter Zaun kostet 5 Euro. Mit vielen kleinen Spenden sind schon 100.000 Euro zusammengekommen. Bis Jahresende wird weitergesammelt. Spendenkonto: SJD-Die Falken KV Neukölln, Kto.Nr. 56079106, BLZ 10010010 (Postbank Berlin) Zweck: Bollwerk. JoS

# Star ohne Allüren

Menschen, die die Stadt bewegen:

Daniel Barenboim ist ein Künstler und Mensch, um den alle Welt Berlin beneidet

Hier fühlt er sich so richtig wohl. Nahe der Domäne Dahlem wohnt er mit seiner Frau und den beiden Söhnen, und in einem Interview sagte er kürzlich: „Wenn ich das Telefon herausziehe, fühle ich mich wie auf dem Land.“ Daniel Barenboim wird im November 70 Jahre alt, aber fühlt ist er viel jünger.

Sein Vertrag als Generalmusikdirektor und künstlerischer Leiter der Staatsoper Unter den Linden läuft bis 2022 – ein Glück für die Stadt, denn das wichtigste Opernhaus der Stadt ist ein Magnet für Menschen aus aller Welt. Auch wenn das Haus Unter den Linden derzeit saniert wird und das Schillertheater als Provisorium herhalten muss. Barenboim ist das Problem pragmatisch gegangen, hat nicht das Weite gesucht und wieder einmal gezeigt, dass er ein Star ohne Allüren ist. Er freut sich auf den Tag der Wiedereröffnung.

Barenboim ist ein Weltbürger. Geboren wurde er in Buenos Aires. Als Pianist gab

er dort schon als Achtjähriger sein Debüt. 25 Jahre später wurde er Chefdirigent der Oper Paris, leitete anschließend das Chicago Symphony Orchestra und ließ sich 1992 vom Berliner Senat in die Pflicht nehmen.

Kaum jemand hat so viele Grammys, den höchsten Preis für E-Musik-Einspielungen, als Pianist wie als Orchesterchef erhalten. Legendar waren seine Aufführungen bei den Bayreuther Festspielen, und er ist auch Musikdirektor der Mailänder Scala. Um die Regierung Monti in ihrem Kampf gegen die Finanzkrise zu unterstützen, kürzte er freiwillig sein Gehalt.

Es gibt wohl keinen derart prominenten Musiker, der sich so sehr gesellschaftspolitisch engagiert. Musik ist für ihn keine elitäre Angelegenheit, und so lässt er alle Berlinerinnen und Berliner bei den Open-Air-Übertragungen auf dem Bebel-Platz an dem teilnehmen, was auf der Opernbühne passiert. Auf seine Initiative geht der „Musikkin-

dergarten“ an der Leipziger Straße zurück.

Weltweit geschätzt ist aber das Orchester „West Eastern Divan“, mit dem er Konzerte rund um die Welt gibt. Legendar das Konzert nach dem Fall der Mauer. Hier spielen junge Israelis und Palästinenser miteinander und zeigen damit, dass Zusammenleben ohne Hass möglich ist. Der Jude Barenboim gilt in Israel als „persona non grata“, seit er 2011 bei einem Konzert mit der Berliner Staatskapelle Musik von Richard Wagner als Zugabe spielte. Für ihn steht die Musik über Ideologien.

Die SPD hat ihn voriges Jahr für diesen Mut ausgezeichnet: mit dem Willy-Brandt-Preis. „Mit Ihrem Wirken schließen Sie die Kluft zwischen den Völkern“, würdigte ihn Sigmar Gabriel. In seinen Dankesworten erinnerte Barenboim an Brandts Kniefall von Warschau. „Wenn Brandt noch heute lebte, würde er den gleichen Mut im Bezug auf den Nahostkonflikt aufbringen.“ U.R.



2011 wurde Daniel Barenboim der Willy-Brandt-Preis verliehen.

Foto: Kai Doering

## Bilder von der Generation Easy Rider

**AUSSTELLUNGSTIPP** Der Martin-Gropius-Bau zeigt Fotografien des vielseitigen Künstlers Dennis Hopper

Er war der Harley-Davidson fahrende Billy im Kultfilm „Easy Rider“. Eine Geschichte, die 1969 den Nerv einer ganzen Generation traf. Dennis Hopper spielte in dem 400.000 Dollar teuren Streifen nicht nur eine der Hauptrollen, er führte auch Regie und schrieb gemeinsam mit Peter Fonda das Drehbuch.

Seit Mitte der fünfziger Jahre hatte der Farmersohn meist in Nebenrollen vor der Kamera gestanden. Er war mit James Dean befreundet, kannte viele der Hollywood-Künstlerinnen und Künstler. Eine Nähe, die dem vielseitigen Künstler Dennis Hopper zugute kam, als er in den sechziger Jahren die Fotografie für sich entdeckte. Portraits von Robert Rauschenberg, Andy Warhol, Paul Newman oder Jane Fonda entstanden.

Wo immer auch Dennis Hopper unterwegs war, hielt er seine Beobachtungen mit dem Fotoapparat fest. Es ist ein fesselnder Einblick in die amerikanische Gesellschaft der sechziger Jahre, er zeigt die großen Künstler, die Hippies



Pop Art-Maler James Rosenquist, 1964 vor der Billboard Factory, Los Angeles.

© The Dennis Hopper Trust, Courtesy of The Dennis Hopper Trust

und Rocker. Und er zeigt die politischen und gesellschaftlichen Auseinandersetzungen: Hopper begleitete 1965 Martin Luther King auf dem Marsch von Selma nach Montgomery/Alabama, einem der Höhepunkte der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung. Zwischen 1961 und 1967 entstanden tausende von Bildern, 1969 fand im Fort Worth Art Center Museum (Texas) eine Ausstellung statt, auf der rund 400 Fotografien zu sehen waren, sogenannte Vintage-Prints, Originalabzüge des Künstlers. Danach lagerten sie

in fünf Kisten, vergessen und verborgen und sind erst nach Hoppers Tod 2010 wieder gefunden worden. Jetzt sind sie erstmals in Europa zu sehen: ab 20. September im Martin-Gropius-Bau. U.H.

■ **Dennis Hopper - The Lost Album, Vintage-Fotografien aus den 1960er Jahren**, 20. September bis 17. Dezember 2012. Öffnungszeiten: Mittwoch bis Montag 10 - 19 Uhr, Di geschlossen. Eintritt: 7 € / ermäßigt 4 €, Eintritt frei bis 16 Jahre. Onlinetickets: [www.gropiusbau.de](http://www.gropiusbau.de)

## Eine Zeitreise durch Berlin

**BUCHTIPP**

Ein historischer Reiseführer bietet Touren durch die Hauptstadt der Arbeiterbewegung

Wo haben eigentlich Berliner Handwerker erstmals eine Arbeitervereinigung gegründet? Ein neuer Reiseführer beantwortet solche Fragen und entführt auf spannende Weise in die Berliner Vergangenheit. Zum Beispiel in die Sophienstraße 15 in Berlin-Mitte, wo eine Gedenktafel an den Berliner Handwerkerverein von 1844 erinnert.

Wer weiß schon, dass der Sozialdemokratiegründer Ferdinand Lassalle in der Bellevuestraße, am heutigen Sony-Center wohnte und August Bebel im Haus 97 in der Hauptstraße in Schöneberg? Wo haben die Nazis 1933 Gewerkschaftshäuser gestürmt? Wo lebten die Widerständler aus den Gewerkschaften Julius Leber und Wilhelm Leuschner?

Der Admiralspalast am Bahnhof Friedrichstraße war nicht nur Vergnü- gungsstätte, er war auch Schauplatz politischer Weichenstellungen, die nach 1945 die Arbeiterbewegung in Ost und West trennten. So die FDGB-Zentrale in der Wallstraße und das Büro der Unabhängigen Gewerkschaftsorganisation UGO in der Nürnberger Straße.



im Kaiserreich, ihre Kämpfe in der Weimarer Republik; es geht um Widerstand und Verfolgung während der Nazizeit und um die Teilung und Wiedervereinigung der Arbeiterbewegung in Berlin. So reicht der historische Bogen vom Vormärz des 19. Jahrhunderts bis in die Gegenwart. Zur Geltung kommen außerdem Arbeitersport- und -kulturvereine sowie wegweisende Projekte des modernen Siedlungsbaus der Arbeiterbewegung.

Fotos, Plakate, Karikaturen und andere Illustrationen runden diesen Stadtführer ab, der eine politisch anspruchsvolle Sichtweise auf Berlin ermöglicht. Wünschenswert wäre etwas mehr Kartenmaterial. G.L.

Orte und kurze Porträts der Berliner Arbeiterbewegung werden hier in sechs Themenblöcken miteinander verknüpft. Dabei geht es um die Anfänge der Arbeiterbewegung, ihren Aufstieg

■ **Arbeiterbewegung in Berlin, Der historische Reiseführer**, Ch. Links Verlag, 2012, 136 Seiten, 14,90 Euro, ISBN: 978-3-86153-691-8

# Gebt mir meine Daten zurück

Kontrollmöglichkeiten ausnutzen: Internet-Nutzer haben ein Auskunftsrecht



Überraschend viel Papier: Datenschutz-Aktivist Max Schrems mit dem Ergebnis seines Auskunftsge-  
suchs bei Facebook. Mehr als 1.200 Seiten erhielt er, auch alle seine gelöschten Einträge hat  
Facebook aufbewahrt. Foto: europe-v-facebook.org

Lange Zeit wurden die wichtigsten persönlichen Papiere gut verschließbar in einem Schreibsekretär aufbewahrt. Manch älteres Modell verfügte gar noch über kleine Geheimfächer für Briefe. Inzwischen gibt es weniger persönliche Papiere, dafür umso mehr persönliche Daten. Und die treiben sich in Datenbanken in der ganzen Welt herum.

Für Internetnutzer wird es zunehmend schwieriger, den Überblick zu behalten. Immer wieder müssen bei Internethändlern Namen, Geburtstag und Anschrift eingetragen werden, es

werden Kreditkartendaten gesammelt. Wie verhängnisvoll die Verknüpfung verschiedener Daten werden kann, erfuhr in diesem Sommer der amerikanische Journalist Mat Honan. Telefonisch hatte ein Hacker unter Angabe von Honans öf-

auf Twitter obskure Meldungen abzusetzen. Eine Sicherheitslücke, die inzwischen geschlossen wurde. Doch können sich immer wieder neue Lücken auftun. Für Philipp Steinberg, Internet-  
experte im Berliner SPD-Landesvorstand, geht es heute um wichti-

worbenen im Einzelfall nützlich, aber auch aufdringlich sein. Einträglich ist es jedenfalls für Google & Co. „Jede Person hat in der EU das Recht, eine Kopie von allen Daten, die ein Unternehmen über die Person speichert, zu be-

TIPPS ZUM SICHEREN SURFEN

■ In sozialen Netzen und auf Marktplätzen immer auf Einstellungen zur Privatsphäre achten. Sonst werden z.B. die Wunschzettel bei Amazon für alle sichtbar.

■ Viele Internetseiten hinterlassen kleine Programme (Cookies) auf der Festplatte des Nutzers, die das Surfverhalten festhalten. Sie lassen sich im Internetbrowser löschen oder ausschalten. (Manche

Seiten allerdings funktionieren ohne Cookies nicht.)

■ Füllen Sie in Internet-Formularen nur die unbedingt erforderlichen Felder aus. Oft ist die Angabe der Telefonnummer zum Beispiel nicht notwendig.

■ Das Netzwerk Facebook speichert derzeit ohne gesetzliche Grundlage aus den Bildern seiner Nutzer biometrische Daten zur Gesichtserkennung. Wer das nicht möchte, sollte auf das Hochladen von Fotos und Namens-

markierungen verzichten.

■ Bei Einwahl in fremde WLAN-Netze sollten Dateien und Verzeichnisse auf dem eigenen Rechner nicht freigegeben sein, da sie dann möglicherweise von anderen Nutzern eingesehen werden.

■ Prüfen Sie bei der Installation oder Aktualisierung von Apps auf dem Handy oder Tablet genau, ob die Rechte, die das Programm beansprucht, für seine Funktion notwendig sind. Für viele Apps gibt es Alternativen.

fentlich zugänglicher Mail- und Rechnungsadresse für ihn eine zusätzliche Kreditkarte bei einem Buchversand eingerichtet. Damit war es möglich, sich dort anzumelden und Honans echte Kreditkartennummer zu erfahren. Über die wiederum konnte der Angreifer auf die bei Apple im Internet gespeicherten Daten von Honan zugreifen und per Fernwartung anfangen, dessen Handy- und PC-Inhalte zu löschen und in Honans Namen

ge Weichenstellungen: „Eine neue soziale Frage, die zwar die alten Verteilungsfragen nicht weniger wichtig werden lässt, lautet: Wer kontrolliert meine Daten?“ Längst bringt nicht nur der Weiterverkauf persönlicher Daten wie Alter und Adressen Geld. Viel wichtiger sind persönliche Informationen über bevorzugte Internetseiten oder zurückliegende Bestellungen, um Werbung zielgerichtet an die Adressaten zu bringen. Das kann für den Um-

kommen“, sagt Steinberg. Vierzig Tage Zeit habe ein Unternehmen dafür. Dennoch ist die Durchsetzung mitunter schwierig. So hat das Netzwerk Facebook nach einer Zunahme der Anfragen das entsprechende Formular abgeschaltet. Anfragen können aber schriftlich gestellt werden (Facebook Ireland Limited, Hanover Reach, 5-7 Hanover Quay Dublin 2, IRELAND). Hilfestellung dazu geben auch Initiativen im Internet. U.H.

## Berliner Preisrätsel

Zu gewinnen:  
10 Exemplare des Reiseführers „Arbeiterbewegung in Berlin“

WAAGERECHT

1 Ostdeutsche Zigarettenmarke

3 Haut (engl.), Skinhead in Kürze

6 Zuspruch

10 Ziel der alliierten Invasion 1944

11 Lotteriepech

12 Berliner Senatorin

13 Flugschein

14 Hauptstadt von Samoa

17 vorzüglich für Vornehme

19 geheimer Stasibediensteter (Abk.)

21 Schwindsucht (med. Abk.)

24 Schwall

25 altdeutsch: Geheimnis (er machte kein ... daraus)

28 die Straße, die nach diesem Baum benannt wird, verbindet in Berlin Grunewald- und Hauptstraße

29 Souvenir auf Deutsch

32 (engl.) Flicken (kommt in vielen Familien vor)

33 Hochnäsigkeit auf Deutsch

34 Sie grünt so grün

35 umstrittener Pelz

36 Teilstreitkraft an Land

SENKRECHT

1 Kartenspiel für vier Personen in zwei Partnerschaften

2 Bauteil eines Uhrwerks

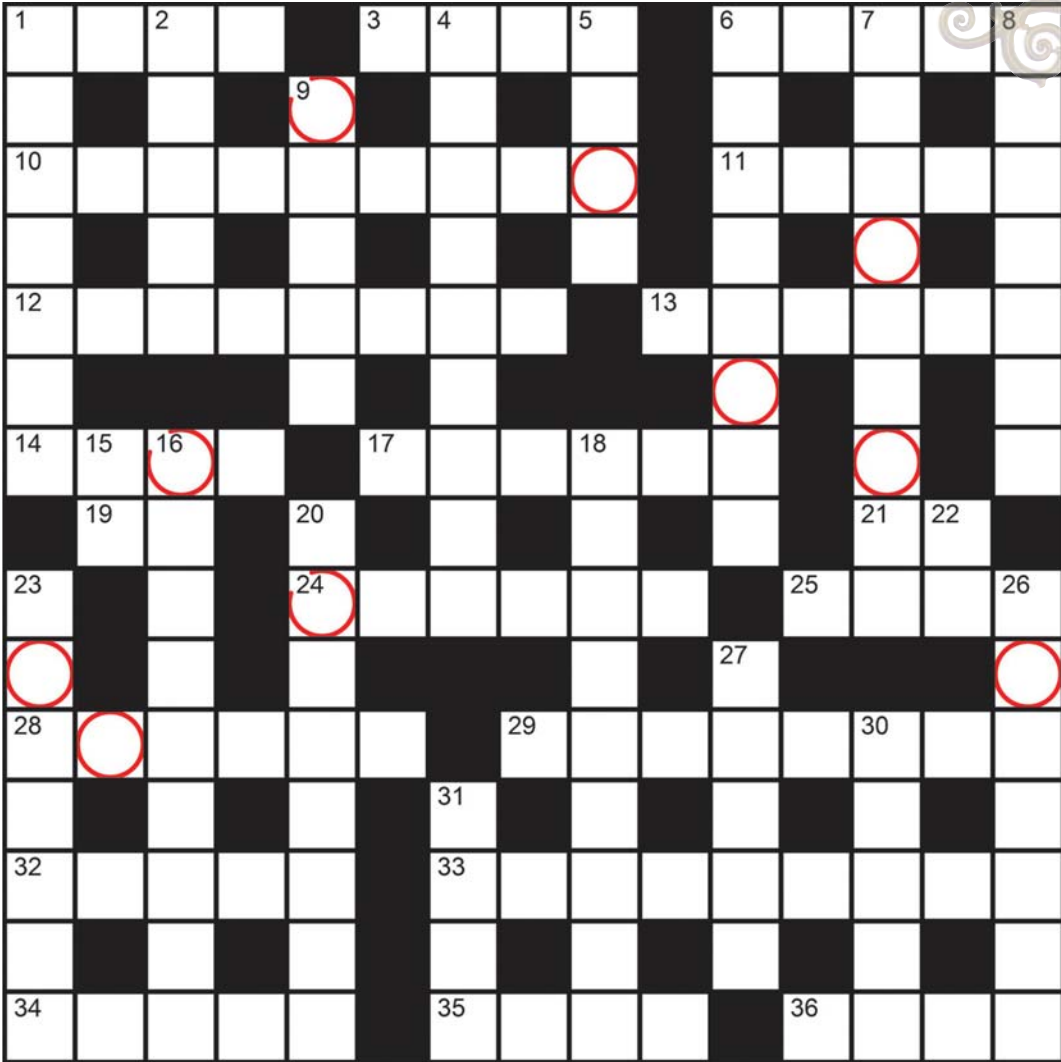
4 Verschlüsselung von Botschaften

5 Verbindungselement zum Fügen von Blechteilen

6 Silbe, die den Hauptakzent trägt

7 Wem das Wasser bis zum Hals steht, dem steht es ... Unterlippe

8 Stadtteil im äußersten Berliner Südosten



## Bilderrätsel

Auf welchem zentralen Berliner Baudenkmal kämpfen hier Reiter und Pferd miteinander – so beschäftigt, dass sie auf die vielfältigen Veränderungen um sich herum

kaum noch achten können? Das Berliner Stadtblatt verlost unter den richtigen Einsendungen zum Bilderrätsel zweimal zwei Eintrittskarten für die Neuköllner Oper.

Einsendeschluss ist der 31. Oktober 2012. Einsendungen per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstraße 163, 13353 Berlin oder per E-Mail: raetsel@berliner-stadtblatt.de.

- 9 Landwirt
- 15 mathematische Konstante, 16. Buchstabe im griech. Alphabet
- 16 im Körper eingepflanztes künstliches Material
- 18 Metallbehälter, durch den z.B. Flüssigkeit fließt
- 20 am Rand gelegen
- 22 weibliches Kleidungsstück
- 23 per Autostopp reisen
- 26 Fußsoldat
- 27 altersschwach

- 30 erhabenes Relief aus einem Schmuckstein
- 30 Telefon- und Computerverbindung (Abk.)
- DIE GEWINNE
- Hintereinander geschrieben ergeben die rot umkreisten Buchstaben den Namen einer viertklassigen Berliner Fußballmannschaft, die einen Bundesligisten eindrucksvoll aus dem Pokal schoss.

Bitte schicken Sie dieses Lösungswort auf einer Postkarte bis zum 31. Oktober 2012 per Post an das Berliner Stadtblatt, Müllerstr. 163, 13353 Berlin oder per E-Mail an raetsel@berliner-stadtblatt.de. Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 10 Exemplare des Reiseführers „Arbeiterbewegung in Berlin“ mit Beschreibungen historischer Berliner Orte und zahlreichen Abbildungen. (Siehe auch Seite 5.)

Lösungswort des Kreuzworträtsels: CHARITÉ. Die abgebildete Skulptur „DAS GEWEHR ZERBRECHEN“ des Künstlers Angelo Monitillo steht auf der

Ernst-Friedrich-Promenade gegenüber dem Anti-Kriegsmuseum in der Brüsseler Str. Ecke Lütticher Str. im Wedding. Der Namensgeber der Promenade Ernst Friedrich hatte in den 20er Jahren in der

Parochialstraße in Mitte das erste Anti-Kriegsmuseum gegründet, das die Grauen des 1. Weltkriegs zeigte und später von den Nazis zerstört wurde. Die Gewinner wurden schriftlich benachrichtigt.

# Bewerber stellen sich vor

Sozialdemokraten gestalten öffentliches „Rennen“ um die Kandidatur zum Bundestag

Die Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen: In öffentlichen Regionalkonferenzen am 12. September um 19.00 Uhr in der Alten Schule Adlershof in der Dörpfeldstraße 54, am 22. September im Zentrum für Demokratie in Niederschöneweide in der Michael-Brückner-Str. 1 um 16.00 Uhr und am 25. September im AWO-Haus in Friedrichshagen, Müggelseedamm 244, dann wieder um 19.00 Uhr. Der Besuch ist nicht vom Wohnort abhängig und ist bei jeder Veranstaltung möglich. Eventuelle Aktualisierungen sind zu finden unter [www.spd-tk.de](http://www.spd-tk.de).

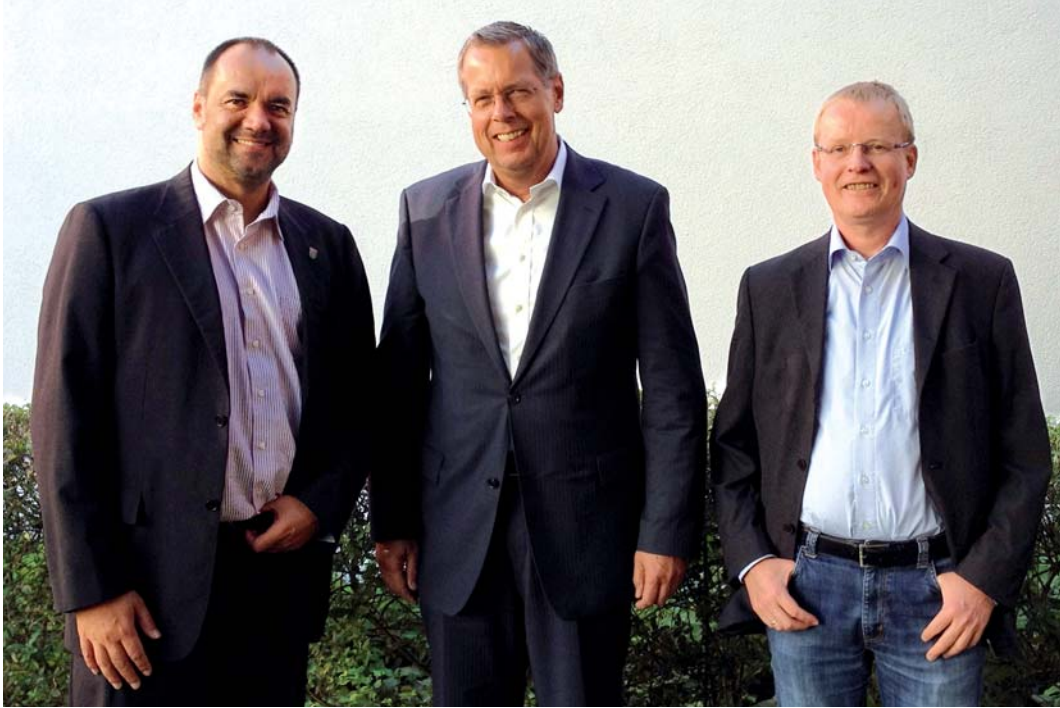
Der SPD-Kreisvorsitzende Oliver Igel erklärt das Verfahren: „Wer später an der Mitgliederbefragung teilnehmen will, muss der SPD beitreten. Allerdings muss nach dem Parteiengesetz am Ende eine Wahlkreis-konferenz von gewählten Delegierten endgültig entscheiden. Insgesamt ist dieses ein neuer Weg, der Akzeptanz in der Partei und auch in der Bevölkerung findet und es am

Ende wieder ermöglichen soll, einen direkt gewählten SPD-Abgeordneten für Treptow-Köpenick in den Bundestag zu entsenden.“

## DREI BEWERBER

**Marc Oliver Ram**, Jahrgang 1963, lebt seit 29 Jahren in Berlin und seit 1995 im jetzigen Wahlkreis. Der Wahlfriedrichshagener ist verheiratet und Vater eines fünfzehnjährigen Sohnes und einer zwölfjährigen Tochter. Der ausgebildete Volljurist möchte seine Lebenserfahrung und seine umfangreiche Berufserfahrung außerhalb der Politik gerne als Wahlkreisabgeordneter für Treptow-Köpenick im Bundestag einbringen.

**Reinhold Robbe**, Jahrgang 1954, ist verpartnert, Präsident der Deutsch-Israelischen Gesellschaft, war Mitglied des Deutschen Bundestages (1994 - 2005) und Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages (2005 - 2010). Der gelernte Verlagskaufmann will seine langjährigen Erfahrungen in



Matthias Schmidt, Reinhold Robbe und Marc Oliver Ram bewerben sich um die Bundestagskandidatur in Treptow-Köpenick.

der Bundespolitik der SPD Treptow-Köpenick zur Verfügung stellen.

**Matthias Schmidt**, Jahrgang 1963, ist verheiratet und hat drei Kinder, er lebt mit seiner Familie seit 20 Jahren in Grünau, arbeitet mit Schwerpunkt

Sportpolitik im Bundesinnenministerium, spielt gerne Tennis und läuft als Alt-Herren-Stürmer für den 1. FC Union auf. In der Kommunalpolitik hat er sich als Fraktionsvorsitzender parteiübergreifend Respekt und Anerkennung er-

worben. Diese Grundlage seines politischen Wirkens möchte er nun ausdehnen und sich im Bundestag für Treptow-Köpenick einsetzen, Wirtschaftspolitik und die Stärkung der Demokratie werden dabei seine Schwerpunkte sein.

## MELDUNGEN

### GRÜNAU

Freude vor Ort: Der Fortbestand des Bürgerhauses Grünau als soziokulturelles Zentrum ist nun bis mindestens zum 31.12. 2014 gesichert. Das Bezirksamt hat einen entsprechenden Mietvertrag geschlossen, der sich jährlich verlängert, wenn er nicht von einer Seite ausdrücklich gekündigt wird.

### PREISSKAT

Am 28. September ist es soweit: Der zweite Preisskat der SPD TK-Süd findet ab 19 Uhr im Café Liebig in der Regattastraße 158 statt. Skatfreunde aus dem Bezirk sind herzlich eingeladen, nähere Informationen hierzu bei Gerd Klinger 030/6761155.

## Spurensuche in der Bezirksgeschichte

Was wissen Sie über... Alwin Gerisch?

**Karl Alwin Gerisch (1857-1922) war Sohn eines Waldarbeiters, Maschinenschlosser und kam nach 1880 nach Berlin.**

Von 1885 bis 1892 war er Vorstandsmitglied im Metallarbeiterverband Berlin, von 1890 bis 1892 mit Paul Singer Vorsitzender der SPD und bis 1917 Mitglied im Parteivorstand. Von 1894 bis 1898 und von 1903 bis 1906 war er Mitglied des Reichstages, von 1906 bis 1918 Mitglied der Treptower Gemeindevertretung. In die erste demokratisch gewählte BVV Berlin-Treptow im Jahre 1920 wurde er ebenfalls gewählt und war ihr Alterspräsident.

Gerisch war zudem unter dem Pseudonym A. Ger Autor



Bezirksbürgermeister Oliver Igel bei der Anbringung eines Straßenzusatzschildes für Alwin Gerisch.

politischer Erzählungen über die Not im Arbeitermilieu. Mitte der 1880er Jahre zog er nach Baumschulenweg in die Behringstr. 48 und lebte dort bis zu seinem Tod 1922.

1926 erfolgte ihm zu Ehren die Umbenennung der Straße 83 in Baumschulenweg in Alwin-Gerisch-Straße. Acht Jahre später wurde diese Straße von den Nationalsozialisten in den

benachbarten Heidekampweg eingegliedert.

Die BVV Treptow-Köpenick beschloss im März zu seinen Ehren die ehemalige Alwin-Gerisch-Straße mit einem Namenszusatzschild zu versehen. Dieses wurde an seinem 90. Todestag, am Straßenschild im Heidekampweg 15 eingeweiht. Als Redner haben der BVV-Vorsteher Siegfried Stock sowie der Bezirksbürgermeister und SPD-Kreisvorsitzende Oliver Igel an Gerischs Wirken erinnert.

Gabriele Schmitz, SPD-Bezirksverordnete und Initiatorin des Erläuterungsschildes für Gerisch, freut sich, dass in Baumschulenweg nun wieder an den großen Politiker erinnert wird.

## Gerettet: Das Haus der Begegnung kann weitermachen

Lange und gemeinsame Bemühungen bringen Erfolg für alle - Spendenaufruf des Bezirksbürgermeisters

Lange haben die Nutzerinnen und Nutzer des Kiezclubs im Wendenschloß, dem „Haus der Begegnung“ zusammen mit dem dortigen Ruderclub gezittert: Müssen wir morgen schon unseren angestammten Ort verlassen, weil ein Rückübertragungsverfahren für das Grundstück läuft?

Jetzt ist klar: das „Haus der Begegnung“ und der Ruderclub sind gerettet. Nach langen Verhandlungen konnte Bezirksbürgermeister Oliver Igel verkünden: Das Grundstück bleibt im Eigentum des Landes Berlin.

Igel ist es gelungen, die Einigung mit einem Vertrag zu besiegeln. So zahlt der Bezirk eine Abfindung an die Nachfolger der Alteigentümer.

Anfang des Jahres sah alles noch ziemlich dunkel aus für den beliebten Kiezclub. Das Grundstück war schon in einem Auktionskatalog zur Versteigerung ausgeschrieben.

Mit einer eingereichten Klage und nach intensiven Gesprächen und Verhandlungen kam doch noch der erlösende Moment: Statt eines Verkaufs des Grundstücks bleibt alles beim Alten.



Haus der Begegnung bleibt.

Die Erleichterung in Wendenschloß ist groß. Die Nutzer des Hauses und die Sportler sind begeistert. Jetzt wird wieder richtig angepackt, neue Pläne für die Nutzung des Hauses werden geschmiedet.

Der Bezirk benötigt aber auch Unterstützung. „Wir sind auf Spenden aus der Bevölkerung oder von Firmen angewiesen, um die Finanzierung sicherzustellen“, sagte Bezirksbürgermeister Oliver Igel.

Das Bezirksamt werde deshalb ein Spendenkonto einrichten. „Ich bitte die Bürgerinnen und Bürger, auch für den

dauerhaften Erhalt der Einrichtungen am Standort Wendenschloßstraße 404 um Spenden“, so der Bezirksbürgermeister.

Den Nutzern des Hauses wünschte Oliver Igel viel Freude bei ihren Aktivitäten im und um das „Haus der Begegnung“. „Lassen Sie das Haus weiterhin zu einem lebhaften Kiezzentrum, zu einem Ort der Kommunikation, des Sports, der Kultur und vor allem der Freude gedeihen. Dazu können Sie alle mit Ihrem jetzt schon hohen Engagement beitragen“, betonte er.

## RAHNSDORF-INFO

„Sind wir denn hier noch in Berlin?“ Das fragten sich einige Gäste von Schulanfängern, die sich im August vor der Grundschule an den Püttbergen einfanden.

Tatsächlich meint man sich auf dem Lande - hier im idyllischen Rahnsdorf zwischen Dämeritzsee und Müggelsee. Mitglieder der SPD verteilten Brotdosen an die neuen Schulkinder und Schulseetze an die Eltern. Dabei bewegten sich Kinder, Eltern und Lehrkräfte an Bauzäunen vorbei über den Schulhof Richtung Aula. Eine vorübergehende Beeinträchtigung, die aber Vorfreude auf den Sporthallenneubau auf dem Schulgelände weckt. Eine Investition in die Zukunft der Kinder, in den Vereinssport und den lebenswerten Ortsteil, die lange geplant und trotz knapper Kassen endlich realisiert werden kann.

Auch in die Gedenkkultur wird investiert: Das marode Gefallenendenkmal für die Opfer des 1. Weltkriegs auf dem Rahnsdorfer Schonungsberg wird mit bezirklichen Mitteln instand gesetzt, so Bezirksbürgermeister Oliver Igel, der nach Rahnsdorf kam, um das 100jährige Bestehen der Friedhofskapelle zu begehen. Nachdem in jahrelangem Ringen das Gebäude mit bezirklichen Mitteln vor dem Verfall gerettet werden konnte, sprang eine engagierte Bürgerinitiative ein, die mit unermüdlichen Aktionen und Spendenaufufen für die Erneuerung des fehlenden Motivfensters und des Harmoniums sorgte. So fanden die Veranstalter der mit gut 80 Gästen besuchten Jubiläumsfeier lobende Worte für die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Politik, Verwaltung und Heimatverein.

## Die Spendenkonten sind:

Berliner Sparkasse, Kto-Nr. 161 30132 28, Bankleitzahl: 10050000 oder

Postbank, Kto-Nr. 0651 6161 09, Bankleitzahl: 10010010

Als Verwendungszweck ist 3932/34290/1239000528395 Spende Wendenschloßstraße anzugeben.



## AUS DER BVV

## WECHSEL

Für die Bezirksverordnete Dunja Wolf, die aus persönlichen Gründen ihr Mandat Anfang August niederlegen musste, ist inzwischen Sabine Bock nachgerückt. Sabine Bock wird die Funktion der sportpolitischen Sprecherin übernehmen und die Fraktion im Schulausschuss vertreten. Die 42-jährige Sportfachwirtin ist verheiratet und wohnt mit ihrer Familie in Müggelheim.

## VIELE SEEPFERDCHEN

Die Hälfte der Schülerinnen und Schüler in Treptow-Köpenick kann bereits zu Beginn des dritten Schuljahres schwimmen. Am Ende des Schuljahres schaffen neun von zehn Schülerinnen und Schülern ihr Seepferdchen. In der berlinweiten Statistik liegen die Treptow-Köpenicker damit auf dem dritten Rang, durchschnittlich können nämlich nur 4 von 5 Schülerinnen und Schülern am Ende von Klasse 3 schwimmen.

## TEMPO RUNTER

In der Köpenicker Straße in Altglienicke soll künftig komplett Tempo 30 gelten. Auf Beschluss der BVV Treptow-Köpenick, die unübersichtlichen Anordnungen von Geschwindigkeiten in der Köpenicker Straße in Altglienicke zu korrigieren, hat die Verkehrslenkung Berlin als zuständige Behörde entschieden, dem BVV-Votum zu folgen und damit für die gesamte Köpenicker Straße Tempo 30 angeordnet.

## VERSTAUBTE MUSEEN?

Die Treptow-Köpenicker Museen haben viel zu bieten. Schon von außen bieten die Häuser einen architektonischen Augenschmaus. Und innen ist man gleich mittendrin in den vergangenen Zeiten.

Von Staub ist hier keine Spur, vielmehr erwarten die Besucher aufregende Geschichten zu Bruchlandungen und Höhenflügen auf dem Johannisthaler Flugplatz, zur ersten Pilotin Melli Beese, die eine Fluglizenz erlangte und zur „Waschküche“ Berlins.

Haben Sie schon von den 7 Köpenicker Weltwundern gehört? Das Geheimnis kann gelüftet werden - bei einem Besuch der Heimatmuseen in der Köpenicker Altstadt und im ehemaligen Johannisthaler Rathaus.

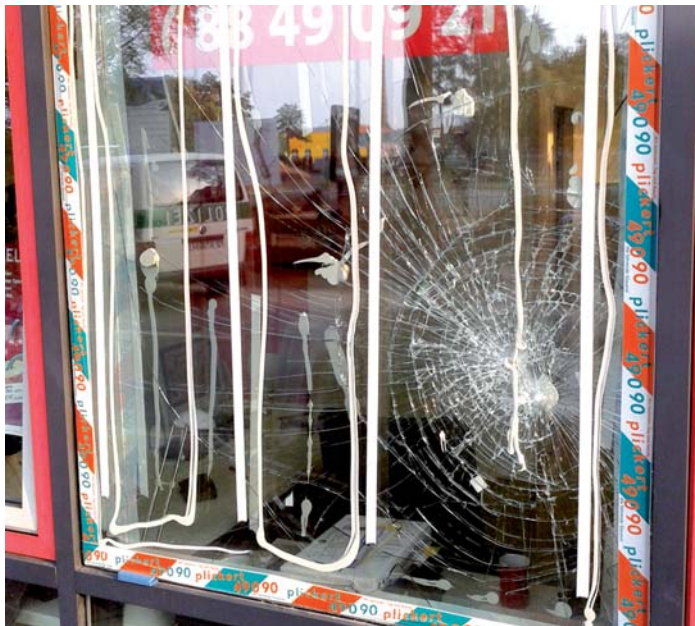
# „Einschüchtern lässt sich hier niemand“

Angriffe auf Demokraten in Treptow-Köpenick nehmen zu

Die Serie von Angriffen auf Demokraten reißt leider nicht ab, sie wird eher stärker. Zu diesem Ergebnis muss man in Treptow-Köpenick derzeit gelangen.

So wurde am 1. August das Wohnhaus des Bürgerdeputierten und stellvertretenden Berliner Juso-Vorsitzenden Nico Schmolke angegriffen. Eine Scheibe wurde eingeworfen, der Briefkasten zerstört. Ein ähnlicher Angriff erfolgte in der Nacht zum 23. August auf das Haus von Hans Erxleben. Er ist für die Partei Die Linke Mitglied in der BVV und Sprecher des Bündnisses für Demokratie und Toleranz im Bezirk.

Gleich zwei Mal innerhalb



Spuren rechter Gewalt: Anschlag auf die „AnsprechBar“ der Jusos Treptow-Köpenick.

## „Nicht wegducken“

Fraktionssitzung am Ort der Anschläge

Die SPD-Fraktion in der BVV Treptow-Köpenick ist seit langem aktiv im Kampf gegen rechtsextreme Gewalt in Treptow-Köpenick und darüber hinaus und hat nun ein weiteres deutliches Zeichen gesetzt.

Nur wenige Tage nach zwei Anschlägen auf die AnsprechBar in Oberschöneweide, die augenscheinlich rechtsextreme Hintergründe hatten, traf man sich dort vor Ort zur Information über diese Vorfälle und hat die Fraktionssitzung zur Vorbereitung der BVV gleich

dort in der AnsprechBar durchgeführt.

Die Mitglieder der Fraktion waren erschüttert von der Gewalt und der Respektlosigkeit. Mit diesem spontanen Besuch sollte klar sein, dass sich auch die Bezirkspolitiker nicht wegducken, wenn es gegen die Demokratie geht. Nach der Teilnahme auch von SPD-Fraktionsmitgliedern an Aufräumaktionen gegen rechte Plakate und Aufkleber ein weiteres sichtbares Zeichen im gemeinsamen Wirken der Demokraten gegen rechte Tendenzen.

Matthias Schmidt, SPD-Fraktionsvorsitzender erklärt hierzu: „Die feigen Angriffe auf Wohnhäuser engagierter Menschen und auf die AnsprechBar sind im Kern Angriffe, die auf unsere Demokratie zielen. Die Täter haben weder Respekt vor fremden Eigentum noch Respekt vor Mitmenschen. Sie wollen unsere Freiheit bekämpfen und die Demokratie abschaffen. Wir fühlen uns nicht eingeschüchtert, sondern sind bestärkt in unserem friedlichen Kampf für Demokratie, Freiheit und Respekt!“



**RADTOUREN.** Alljährlich nutzen unzählige Berlinerinnen und Berliner die Gelegenheit, den schönsten Bezirk Berlins mit dem Fahrrad zu erkunden. Zahlreiche gut ausgebaute Radwege laden ein, unseren Bezirk von Alt-Treptow bis Rauchfangswerder oder von Baumschulenweg nach Rahnsdorf zu durchkreuzen. Natur genießen auf zwei Rädern, lautet dann die Devise. Immer gut für eine Zwischenstation: die Schlossinsel Köpenick.

Foto: Horb

## Mit den Bürgern gemeinsam

Stiftung soll Ehrenamt fördern - Ideen gesucht

## Fortsetzung von Seite 1

Bezirksbürgermeister Oliver Igel bittet darum, ihm Ideen mitzuteilen: In welchen Bereichen sollte eine Bürgerstiftung in Treptow-Köpenick besonders aktiv sein und Projekte fördern? Eine Vorbereitungsgruppe hat sich bereits mit den rechtlichen Grundlagen für die Gründung beschäftigt.

Geldgeber werden benötigt:

Aus den Erlösen des Stiftungskapitals könnten dann Projekte gefördert werden. Bei Bürgerstiftungen sind deshalb Kapitalgeber aus Unternehmen, Privatpersonen, Nachlassgeber herzlich willkommen - ihre Zuwendung wirkt in die Ewigkeit, weil das Stiftungskapital unangetastet bleibt und gleichzeitig das Kapital von dem Stifter steuerlich geltend gemacht

werden kann. Die eingereichten Ideen für Stiftungszwecke sollen diskutiert und in eine Satzung für die Bürgerstiftung eingearbeitet werden. Weitere Teilnehmer für die Vorbereitungsgruppe sind willkommen.

Ein Vorbild kann die Hamburger Bürgerstiftung sein: Ihr Kapital wuchs in mehr als 10 Jahren auf 15 Millionen Euro an.

von drei Tagen wurde die SPD-AnsprechBar in der Siemensstraße in Oberschöneweide angegriffen. Am Montag, dem 20. August, wurde am Vormittag eine Scheibe eingeschlagen. In der Nacht zum 22. August folgte dann ein Angriff auf die Eingangstür. Beide Male kam eine

Eisenstange von der gegenüberliegenden Baustelle zum Einsatz.

Klar wurde aber auch, dass dies Einzeltäter sind. Zuspruch und Solidarität aus der Nachbarschaft waren sehr groß und machen Mut. Einschüchtern lässt sich niemand.

## NOTIZEN AUS TREPTOW-KÖPENICK

## STAATSSSEKRETÄR FÜR KULTUR ZU GAST

Am Sonntag, dem 14.10.12 um 10 Uhr ist der Berliner Staatssekretär für Kulturelle Angelegenheiten André Schmitz zu Gast beim monatlichen Politischen Frühstück im Ratskeller Köpenick. Der SPD-Abgeordnete Karlheinz Nolte moderiert die Veranstaltung. Die SPD zahlt das erste Getränk für alle Gäste.

## GEGEN LÄRM

Das Bezirksamt setzt seine unabhängige Schallschutzberatung fort. Ein entsprechender Vertrag mit einem Schallschutzberater wurde

jetzt geschlossen, gab Bezirksbürgermeister Oliver Igel bekannt. Der Schallschutzberater soll Bürgerinnen und Bürger nach der aktuellen Rechtslage und -sprechung individuell informieren.

Vom Fluglärm Betroffene haben die Möglichkeit, sich jeden Donnerstag im Rathaus Köpenick, Alt Köpenick 21, 12555 Berlin im Raum 4 in der Zeit von 14.00 bis 19.00 Uhr über effektive Schallschutzmaßnahmen beraten zu lassen. Das Angebot ist kostenfrei.

Termine können über die Bürgerämter (Telefon: 90297-2741 und -4000) vereinbart werden.

## Schöffen gesucht

Bürger sprechen Recht

In Treptow-Köpenick werden wieder Frauen und Männer gesucht, die am Amtsgericht oder am Landgericht als Vertreter des Volkes bei der Rechtsprechung mitwirken.

Als Schöffen sind sie dabei Berufsrichtern prinzipiell gleichgestellt, nehmen an den Gerichtsverfahren teil und fällen gemeinsam mit Berufsrichtern Urteile. Im Jahr 2013 endet die aktuelle Wahlperiode. Jetzt beginnen die Vorbereitungen für die Wahl neuer Schöffinnen und Schöffen, die ab 2014 aktiv werden dürfen.

Schöffen haben eine bedeutende Aufgabe. Gegen ihre Meinung darf in Deutschland niemand verurteilt werden. Ihnen steht in der Hauptverhandlung das Fragerecht zu. Sie müssen in der Lage sein, sich entsprechend verständlich zu machen, auf Angeklagte und andere

Prozessbeteiligte eingehen zu können und an der Beratung argumentativ teilzunehmen. Schöffen in Jugendstrafsachen sollten in der Jugenderziehung über besondere Erfahrung verfügen. Für die Tätigkeit wird eine Entschädigung gezahlt.

In der Vergangenheit versuchten rechtsextreme Kreise, als Schöffen tätig zu werden, um in Gerichtsverfahren ihre Gesinnung in Urteilen ausdrücken zu können. Dies muss verhindert werden, deshalb sollten sich möglichst viele demokratisch Gesinnte mit Lust an diesem Engagement melden.

Das Bürgeramt nimmt entsprechende Interessenten gern entgegen. Werden nicht genug Kandidaten gefunden, müssen per Zufall aus der Einwohnermeldedatei Kandidaten ausgewählt werden. Amt für Bürgerdienste: Tel. 90297-2741/ 42.



Amtsgericht Köpenick: Hier können Schöffen mitwirken.